

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

erschint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Samstag
Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro
Monat 1.- RM. bei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und
Hauswirtschaft“, „Freizeitwelt“, „Frühlingswelt“, „Rund um den Erdball“,
„Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger be-
tragen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.
Red und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munger. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munger, Spangenberg



Telegr.-Nr.: Zeitung
Anzeigen werden die halbespaltige 3 mm hohe (Bett-) Zeile oder deren
Raum mit 15 W. berechnet; auswärts 20 W. Bei Wiederholung
entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 W. Anzeigengebühren
für Nach- und Ausverkauf und Beleglieferung ausgeschlossen. Beilagen
für Herren und Damen beträgt 15 W. Beleglieferung an den Postamt
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Nr. 112

Donnerstag den 25. September 1930.

23. Jahrgang.

Wirtschaft in Not.

Drei Millionen Arbeitslose.
Die Wirtschaftskrise nimmt von Tag zu Tag
schärfere Formen an. Bei den Aufschlagsbedröben
haben sich die Anträge auf Genehmigung von Be-
schneidungen dieser Anträge, die in den meisten Fällen
unvermeidlich sind, in jedem gleichbedeutend mit der
Entlassung von zahlreichen Arbeitern und An-
stellungen. Das Meer der Erwerbs- und Stellungs-
losen wächst infolgedessen mehr und mehr und hat
bereits die Drei-Millionen-Grenze erreicht.
Die zahlenmäßige Belastung der Arbeits-
losenversicherung hat nach dem Bericht der
Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. September
1930 in der ersten Hälfte des Monats etwas abge-
nommen, die Arbeitsunterstützung ist dagegen, über-
einstimmend mit der allgemeinen Entwicklung am Ar-
beitsmarkt, weiter gestiegen. Mit rund 1503 000
Personen in der Versicherung um etwa 3500 hinter dem
Stand vom 31. August zurück. Zusammen mit den
etwa 459 000 Arbeitslosen, die die Be-
lastung beider Unterstüßungsrichtungen eine Gesamt-
zahl von rund 1 962 000 erreicht und ist damit um
etwa 15 000 höher als Ende August.
Erheblich stärker, um etwa 103 000, ist die
Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten ver-
fügbaren Arbeitsuchenden gestiegen. Zu die-
sem Zugang haben sowohl umfangreiche neue Ent-
lassungen beigetragen, deren Auswirkung auf die Ver-
sicherung erst im nächsten Bericht festzustellen sein
wird, wie auch in einigen Bezirken die schärfere Er-
stellung von Wohlfahrtsverbänden. Seit man diesen
ab, die noch in gefährdeter oder ungenügender
Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so
verbleibende Mitte September eine Zahl von rund
1 958 000 Arbeitslosen. Das Anwachsen dieser Zahl
gegenüber Ende August um ungefähr 100 000 Köpfe,
ist ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft wei-
terhin in der Depression verharrt.
Unter diesen Umständen muß auch für die kom-
menden Herbst- und Wintermonate mit einem wei-
teren Anwachsen der Erwerbslosenzahl gerechnet wer-
den. Wie den unerschuldet in Not geratenen Ar-
beitslosen finanziell geholfen werden kann, darüber
ist man sich zur Stunde noch nicht klar. Soviel steht
fest, daß die Gemeinden infolge ihrer ungemein
schwierigen Finanzlage nicht imstande sind, die stän-
dig steigenden Ausgaben für die Wohlfahrts-er-
werbslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung
bereits ausgesteuert sind, aus eigener Kraft aufzubrin-
gen. Wie der Vorstand des Reichsstädtebundes,
in dem die mittleren und kleineren Städte zusammen-
gefaßt sind, auf seiner Tagung in Berlin feststellte,
sind zahlreiche Städte infolge der unentgeltlichen Be-
lastung durch die Ausgaben für die Wohlfahrts-erwerbs-
losen einer Katastrophe zu, wenn ihnen nicht sofortige
und ausreichende Hilfe zuteil wird. Eine solche Hilfe
kann angesichts der schweren Folgen, welche ein Zu-
sammenbruch zahlreicher Städte für Volk und Wirt-
schaft unausbleiblich nach sich ziehen müßte, nur vom
Reich kommen. Der Reichsstadtebundes-Vorstand bittet
daher in einer Erklärungs- und Forderungserklärung
einmal, in letzter Stunde, sich den im Gesetz über
Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fest-
gelegten Verpflichtungen nicht länger zu entziehen.
Dieser Paragraph bestimmt, daß in Zeiten andauernd
ungünstiger Wirtschaftslage der Reichsarbeitsminister
nach Anhörung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung
und Arbeitslosenversicherung die Gewährung der
Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung ab-
weichend von den Normalbestimmungen festsetzen muß.
Auf Grund dieser Bestimmung ist die Ausdehnung
der Krisenfürsorge auf alle Berufs- und zeit-
liche Beschränkung erforderlich, um die Ge-
meinden von den finanziellen Sorgen der Wohlfahrts-
erwerbslosigkeit zu befreien.
An den neuen Reichstag richtet der Geschäfts-
führende Vorstand die Bitte, das wichtigste Problem
unserer Innenpolitik, die Beschaffung ausreichender
Arbeitsmöglichkeiten, sofort mit aller Energie in An-
griff zu nehmen, um so mehr, als das bisherige Ar-
beitsbeschaffungsprogramm der Regierung die erhoffte
wesentliche Verminderung der Wohlfahrts-erwerbs-
losen nicht gebracht hat.
Es ist bekannt, daß sich die gegenwärtigen Ka-
binettsberatungen in erster Linie um die Frage
der Arbeitslosenversicherung, als die brennendste von
allen, dreht. So sehr auch die Regierung bemüht
ist, jede neue Belastung der Wirtschaft auf steuerlichem
Gebiete zu vermeiden, so wenig wird sich das bei den
Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung umgehen
lassen. Ja, man wird sogar damit rechnen müssen, daß
diese Erhöhung angesichts der außerordentlichen An-
sprüche infolge der ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit
unter Umständen noch die weitestgehenden Vor-
herlagen übersteigt. Wenn auch die endgültigen Be-
schlüsse des Kabinetts abgewartet werden müssen.

Der Minderheitenbericht.

Annahme mit Vorbehalten. — Keine Anerkennung der
Rechtslage.
Genf, 24. September.
Der schweizerische Bundesrat Motta hat heute
dem Vollständigen Ausschuss der Völkerbundsver-
sammlung den Bericht über die Minderheitenverträge vor-
gelegt. Es ist dem Berichterkörper gelungen, durch vor-
herige Fühlungnahme über den Inhalt des Berichts
eine formelle Einigung über den Inhalt des Berichts
herbeizuführen. Der Bericht selbst läßt trotz aller Ver-
schönerungsversuche klar erkennen, daß in dem Aus-
schuß harte Meinungsverschiedenheiten über die Be-
handlung des Minderheitenproblems sowohl in grundsätzlichen als auch in Verfahrensfragen hervorgehoben
sind.
Der Mottabericht verzichtet u. a. die Meinungs-
verschiedenheit in Bezug auf die Frage, ob die Völ-
kerbundsversammlung befugt sei, die Garantien zu
behandeln, die der Völkerbund in den sogenannten
Minderheitenverträgen für die Minderheiten übernom-
men habe. Alle Delegationen — so meint der Bericht-
erklärer dazu — seien jedoch darin einig gewesen, daß
die Minderheitenfrage von der Versammlung auf
Grund des Völkerbundsstatuts erörtert werden könne.
Alle Delegationen hätten
Die überragende Bedeutung der Minderheitenfrage
betont. Alle hätten anerkannt, daß sie zu denjenigen
gehöre, die den Frieden der Welt gefährden könnten.
Alle hätten auf die Welt- und Menschheitsbedeutung
des Problems Gewicht gelegt. Die Ausübung der Re-
ligion, der Sprache und der Kultur würden von
allen Delegationen als etwas Heiliges betrach-
tet. Die Einmütigkeit über diesen Punkt stelle eine
wesentliche Tatsache dar.
Weiter heißt es in dem Bericht, es habe keine
Einigkeit darüber bestanden, ob der Völ-
kerbund das Recht habe, in Minderheitenangelegen-
heiten jedes einzelnen der durch Minder-
heitenverträge gebundenen Staaten zu ändern. An-
dere hätten die Auffassung vertreten, daß
das Madrider Verfahren gegenwärtig geändert
werden müsse. Man habe allgemein anerkannt, daß die
Zeit seit seiner Annahme nicht ausreichte, um ein end-
gültiges, auf Erfahrung gestütztes Urteil zu fällen.
Niemand habe bestritten, daß
das geltende Verfahren
vom Rat in einer Weise angewendet werden müsse,
das alle darin enthaltenen Möglichkeiten zu erschöpfen
sühe.
Zum Schluß registriert der Bericht auch noch die
Anregung, daß das System des Minderheitenbeschutzes
auf alle Minderheiten ohne Unterschied zwischen den
durch Minderheitenverträge gebundenen und den an-
deren Staaten ausgedehnt werden müsse. Ohne auf
diese Anregung näher einzugehen, stellt Motta als
übereinstimmende Auffassung fest, daß die Lösung des
Minderheitenproblems durch eine
pricht man jetzt doch in eingeweihten Kreisen schon
von einer Beitragserhöhung von 4% auf 6
bis 6% Prozent. Angesichts dieser gewaltigen Steige-
rung der Erwerbslosenbeiträge wird man verlangen
müssen, daß der Wirtschaft auf steuerlichem Gebiete
keine neuen Lasten aufgebürdet werden. Ein weiteres
Anzeichen der Steuererhöhung würde nur die Wirt-
schaftsnot verschärfen und zu neuen Massenentlassun-
gen führen.

auswärtige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den
Mehrheiten und den Minderheiten
im Innern des einzelnen Staates zu erstreben sei.
Die Mehrheiten müßten gerecht und großzügig, die
Minderheiten müßten loyal sein. Die Regierungen
müßten die ständige Sorge haben, das Verhältnis, das
Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen Mehr-
heiten und Minderheiten zu erleichtern.

Die Vorbehalte.

In der Aussprache erklärte sich die kleine Entente
mit dem Bericht einverstanden, behielt sich jedoch vor,
gegebenenfalls eine Entscheidung des Saager Gerichts-
hofs über das Madrider Verfahren herbeizuführen.
Der italienische Delegierte, Graf Bonin-
Longare, machte den Vorbehalt, daß er in den Aus-
führungen des Berichts über die Verallgemeinerung
der Minderheitenverträge keine Verpflichtung zum Ein-
gehen von Minderheitenverträgen erblicken könne.
Als nächster Redner sprach der deutsche
Außenminister Dr. Curtius.
In Uebereinstimmung mit Motta stellte er fest, daß
an der Berichtslage durch den Bericht nichts geändert
werde. Im Augenblick habe die deutsche Delegation
nicht die Absicht, Abänderungsanträge zu stellen. Sie
sei der Meinung, daß die Entwicklung nicht stillstehe
und daß die Zukunft die Entscheidung darüber bringen
werde, ob das Verfahren den Verpflichtungen des Völ-
kerbunds genüge.
Briand gegen neue Minderheitenbesätze.
Der französische Außenminister Briand suchte der
Anschauung davon zu überzeugen, daß eine Wiederholung
der allgemeinen Aussprache über die Minderheiten
frage auf einer künftigen Tagung der Völkerbundsver-
sammlung nicht nur unnötig sei, sondern rechtlich
unzulässig sei. Auch sei es unmöglich, sich über die hier
angekündigten Fragen einig zu werden. Eine
allgemeine Erörterung des Minderheitenproblems
würde Frankreich sofort die Frage der Zuständig-
keit entgegenstellen, denn sie sei mit dem geltenden in-
ternationalen Recht und den geltenden Verträgen nicht zu
vereinbaren.
Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, de-
dem Berichterkörper dankte, wurde der Bericht ein-
stimmig angenommen.

Die Dauer der Völkerbundsversammlung

Nach dem gegenwärtigen Stand der Kommissions-
arbeiten ist damit zu rechnen, daß die diesjährige Völ-
kerbundsversammlung erst am 4. Oktober zu Ende
geht. Reichsaußenminister Dr. Curtius wird bi-
zum Schluß der Versammlung bleiben. Er wird am
Sonntag auf zwei Tage nach Baden fahren. Au-
ßerdem beabsichtigt, bis zum Schluß der Tagung
in Genf zu bleiben. Dagegen wird Henderson Ende
dieser Woche nach London zurückkehren.

Calonder bleibt.

Zurückziehung seines Rücktrittsgefühls.
Der Vorsitzende der Gemischten Kommission für
Oberschlesien, Calonder, hat sein Rücktrittsgefühls
rückgezogen. Er entspringt damit einem in der vorige
Woche einmütig geäußerten Wunsch des Völkerbunds-
rats. Er ist zu seinem Entschluß insbesondere durch
ein gemeinsames Schreiben des deutschen und des po-
nischen Außenministers veranlaßt worden.

Tod auf dem Scheiterhaufen.

Unglaubliche Zigaretten-Rohheit.
Aus Madrid wird berichtet, daß in der Ortschaft
Santera (Provinz Almeria) Zigeuner sich eines Mi-
tentnaben bemächtigten, ihn an einen Baum band
und darum Holz aufschichteten, das sie in Brand
steckten.
Der Unglückliche, ein dreizehnjähriger Junge, ver-
brannte bei lebendigem Leibe. Drei Zigeuner wur-
den verhaftet.

Vom Vater erschlagen.

In Heimbach bei Schwäbisch Hall war am 1.
September das zweieinhalb Jahre alte Söhnchen
Gutzartens Windmüller plötzlich gestorben.
Der Vater hatte als Todesursache angegeben, das Ki-
nd sei vom Heustock gefallen. Die Art der Verlesung
ließ aber Zweifel an dieser Angabe aufkommen,
auch durch die Sektion der Leiche bestätigt wurde.
Der Vater des Kindes wurde daraufhin verhaf-
tet und nach längerem Leugnen hat er nunmehr gekand-
das Kind, das in der Entwicklung etwas zuri-
ckgeblieben war, getötet zu haben, indem er es mit d-
Kopfe gegen den Boden schlug.

Rothermere über Deutschland.

Folgerungen aus den Reichstagswahlen.
Lord Rothermere hat seinem Blatt „Daily Mail“
aus München, wo er sich zur Zeit aufhält, einen Auf-
satz zugefandt, in dem er sich mit dem Ergebnis der
Reichstagswahlen beschäftigt. Rothermere, der dem bri-
tischen Volk empfiehlt, der nationalsozialistischen Be-
wegung gegenüber keine feindselige Haltung einzu-
nehmen, betrachtet die Verheißung des politischen
Einflusses in Deutschland als vorteilhaft, weil sie
nach seiner Meinung einen neuen Schutzwall gegen
den Bolschewismus schafft.
Des weiteren entwickelt Lord Rothermere, der
zunächst eine Garantie der polnischen Ostgrenze durch
Deutschland gegen entsprechende Zugeständnisse der
Polen vorschlägt, seine Ideen von der Gestaltung Mit-
teleuropas für den Fall der Bildung einer national-
sozialistischen Regierung in Deutschland.
Am Schluß seines Aufsatzes wiederholt Lord
Rothermere noch seinen bereits vor einem Jahre ge-
machten Vorschlag, daß die britische Regierung Deut-
land die afrikanischen Kolonien mit Ausnahme von
Südwestsafrika zurückgeben sollte, die es ihm während
des Krieges wegnahm.

Forderungen des Landbundes.

Berufung nationaler Jäger nach den Reichspräsidenten. — Erhöhung der Jagdpächter. — Zahlungsaufschub für Reparationen.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes sagte bei den Entschließungen, deren erste dem Minister für den Land für die Ausführung des Hindenburg-Vertrags zur Rettung der Landwirtschaft eingelegt habe.

Die zweite Entschließung beschäftigt sich mit der politischen Lage und stellt fest, daß der Reichslandbund die Rettung Deutschlands und seiner Landwirtschaft nicht von Partei-Koalitionen und Partei-Kritikern erwarten, sondern von der Berufung unabhängiger wirtschafter, tatbereiter nationaler Führer durch den Reichspräsidenten.

Die dritte Entschließung endet mit der Erklärung, die nationale Kampf Bewegung solle weitergeführt werden, bis die Macht des Marxismus im Reich und in den Ländern gebrochen sei.

Die dritte Entschließung behandelt die Lage auf dem Getreidemarkt. Gefordert wird sofortige Erhöhung des Verbrauchswertes für inländisches Weizen auf mindestens 90%, ferner Erhöhung des Zollsaßes für Weizen und Einführung eines Verbrauchswertes von inländischem Weizenmehl zu ausländischem Weizenmehl, sofortige Einführung eines Verbrauchswertes von Roggenmehl zu allem Weizenmehl, Kontrolle der Durchführung des Brotgesetzes, energisches Einschreiten der Reichsregierung gegen die Börsenspekulation, Verwendungsgebot für inländische Gerste und ausreichenden Zollsaß für Weizenmehl.

In der vierten Entschließung (zur wirtschaftspolitischen Lage) wird die sofortige Erklärung des Zahlungsaufschubs gegenüber der Entente und innerpolitisch in erster Linie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Befestigung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben — wiederhergestellt werden. Weitere Steuererhöhungen werden abgelehnt.

Gefordert wird eine Reform der öffentlichen Ausgabenwirtschaft, und diese Reform soll auch vor Verwaltungs- und Verfassungsänderungen nicht zurückweichen. Durch Einführung des Vetorechts einer zweiten Kammer soll der Ausgabenbewilligungsfreudigkeit der Parlamente einiegel vorgebeugt werden. Bis zum Wirksamwerden derartiger Maßnahmen sollen die Befugnisse des Reichsparlamentarismus erheblich vermindert werden.

Am Schluß dieser Entschließung wird die sofortige Anpassung aller Gehälter an die gesunkene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft als unbedingt geboten bezeichnet.

Rückgang des Bahnverkehrs.

Folgen der Wirtschaftskrise und des Kraftwagenwettbewerbs. — Aufhebung des Direktionsbezirks Magdeburg.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte sich mit der Wirtschaftslage der Reichsbahn, deren Verkehr und Einnahmerückgang das Bild der Wirtschaftskrise widerspiegelt. Daneben verringert der immer weiter zunehmende Wettbewerb des Kraftwagens ständig die laufenden Einnahmen der Reichsbahn im Personen- wie Güterverkehr und gefährdet ernstlich die Aufrechterhaltung der billigen Tarifstarife. Eine Ordnung im Verhältnis zum Kraftwagen ist nur von gesetzgeberischen Maßnahmen zu erwarten. Um beschleunigte Durch-

führung dieser Maßnahmen ist der Reichsverkehrsminister unter Hinweis auf den Ernst der Lage angegangen worden.

Der Verwaltungsrat genehmigte u. a. die Beschaffung von 300 Lokomotiven für die nächsten drei Jahre.

Wichtig ist der Beschluß, die aus der Zeit der Staatsbahnverwaltungen übernommene Zahl und Einteilung der Direktionsbezirke den veränderten wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen, wobei auch an den früheren Eisenbahngrenzen der Länder nicht haltgemacht werden soll.

Der Beschl. der Reichsbahndirektion Magdeburg wird den benachbarten Direktionsbezirken, insbesondere Hannover und Halle, zugewiesen. Der Verkehrs-kontrolldienst verschiedener Direktionsbezirke wird in Magdeburg vereinigt.

Die Kopfzahl der in Magdeburg tätigen Beamten des Verwaltungsdienstes verringert sich von 730 auf etwa 500.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 25. September 1930.

Der Reichsverkehrsminister hat den Reichsrat vom 11. September 1928 für die Reichsbahnen wassertrassen für Lebensmittel bis zum 31. Dezember 1930 einschließlich verlängert.

Das Erkeinen der kommunistischen „Neuer Zeitung“ in München wurde wegen Auforderung zum Völkerrat bis 1. Oktober 1930 verboten.

Die Parteipartei der deutschen Abgeordneten, darunter mehrere Reichstags- und Landtagsabgeordnete, hat am 24. September 1930 in Berlin eine politische Konferenz abgehalten. Der Parteiführer Dr. Scholz war davon unterrichtet, hat aber selbst an der Konferenz nicht teilgenommen. An der Konferenz kam der Wille allgemein zum Ausdruck, die Sammlungsbestrebungen der bürgerlichen Mitte stark zu betreiben. Das soll, so wird von parteipartei Seite betont, nicht etwa gegen die Parteileitung, sondern im Einvernehmen mit ihr erfolgen.

Die Wahlreform in Düsseldorf. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, sind in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West für das Zentrum nicht 61.000, sondern nur 59.000 Reichstimmen aufgefunden. Wahlkreisdirektor Ernst Schönlager in Düsseldorf erhält daher kein Mandat. Dafür sind auf der Reichsliste 8 Kandidaten gewählt, so daß Dr. Böckel, der Generalsekretär der Zentrumspartei, einen Sitz im neuen Reichstag erhält.

Am die Abrüstungskonferenz.

Deutscher Entschließungsantrag.

Im Abrüstungsausschuss der Völkerverbändeversammlung brachte am Mittwoch Graf Bernstorff eine Entsch. ein, die folgenden Wortlaut hat:

In dem ersten Wunsch, daß der Völkerverbund seine höchste Aufgabe, die der Abrüstung, endlich erfüllen, nimmt die Völkerverammlung Kenntnis von dem Ergebnis der Londoner Flottenkonferenz und stellt fest, daß nach dieser Konferenz die vorbereitende Abrüstungskommission, die bisher noch nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist, für den 3. November dieses Jahres einberufen werden soll. Sie drückt den Wunsch aus, daß die vorbereitende Abrüstungskommission ihre Arbeiten bis Ende dieses Jahres beendet, und sie bittet den Rat, die allgemeine Abrüstungskonferenz so bald als möglich im Jahre 1931 einberufen.

Vorher hatte der Vorsitzende Politik eine von dem Vertreter Guatemalas Matos ausgearbeitete Entsch. vorgelegt.

Rundschau im Auslande.

Die rumänischen Liberalen haben die Verhandlungen, denen die Abkehr des Königs Carol ferngeblieben waren, teilgenommen.

Die Anhänger des indischen Nationalismus Gandhi haben beschloßen, ihre Vorhölle gegen das Monopol von Dharana am 1. Oktober wieder aufzunehmen.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Prag.

Im Kino Avion auf dem Prager Praterplatz strahlten jugendlicher fischlicher Elemente die hellung, welche unterbrochen werden, bis die Kundgebungen aus dem Kino entfernt wurde. Vor dem Kinosammelten sich zahlreiche junge Leute, besonders an, belästigten die Kinobesucher und deutschsprachigen in dem in dem gleichen Saale untergebrachten Demonstrationen umlagerten das Kino und riefen: „Es lebe das tschechische Prag!“ „Nieder mit den Deutschen!“ Die Polizei mußte mehrfach eingreifen und die Demonstrationen wurden gescheitert. Eine nicht Demonstranten gegen die deutsche Gesandtschaft geschickt, da sich die Demonstrationen in der Pragergegend und vor einem tschechischen Privatgasthofe rufe gegen Deutschland ausgeföhren hatten.

Schlusssdienst.

Dr. Scholz Fraktionsvorsitzender.

Berlin, 25. September. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Mittwochnachmittag zu einer fast vollständig besuchten Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen. Geheimrat Dr. Kohl begrüßte als Vorsitzende die neuen und alten Kollegen und begrüßte in der barkeit der ausgeschiedenen Mitglieder. Er machte dann den Vorschlag, den bisherigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, an der Spitze der Fraktion zu wählen. Dr. Scholz, der zum Vorsitzenden der Fraktion zu wählen, den Antrag wurde einstimmig durch Zuruf angenommen. Als Dr. Scholz übernahm den Vorsitz und bat die Fraktion um vertrauensvolle Unterstützung, ferner um Einigkeit und Geschlossenheit. Die Fraktion stimmte diesen Ausführungen zu.

Ankunft des Exzentriker von Gronau in seine Heimat.

Warnemünde, 25. September. Von Gronau und die übrige Besatzung landeten gestern von Berlin kommend mit dem Dornier-Wal D. 1422 im Flughafen Warnemünde und wurden von der etwa 150 Köpfe zählenden Aufnahmecommission herzlich begrüßt.

Berlin, 25. September. Zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin wurde am 25. September im Mai verstorbenen Präsidenten Stahf der Reichsbahnpräsident Dr.-Ing. C. H. Marx ernannt, der zur Zeit die Reichsbahndirektion Essen leitet. Zu seinem Nachfolger in Essen wurde Reichsbahndirektor Lehmann von der Hauptverwaltung der Reichsbahn ernannt.

Die Memelfrage.

Genf, 25. September. Der Völkerverbund beschäftigte sich gestern in geheimer Sitzung mit der deutschen Memelbewegung. Zur Prüfung der juristischen Frage wurde ein Komitee eingesetzt, in dem Italien, Venezuela und Island vertreten sind. Die beiden Parteien werden durch Ministerialdirektor Gans und den italienischen Gesandten in Berlin vertreten. Die Aufgabe des Komitees ist es, zu prüfen, ob der Antrag zur Veratung im Völkerverbund zugelassen werden kann. Das Komitee trat sofort nach Schluß der Sitzung zusammen.

Erdbeben in Rußland.

Moskau, 25. September. Ein starkes Erdbeben hat in der Umgebung von Stalinalab (Tschukotka) sieben Dörfer völlig zerstört und zehn weitere schwer beschädigt. 175 Menschen wurden getötet, 300 verletzt. 1200 Familien sind obdachlos.

Im Innern des Fräulein

Roman von Wolfgang Markon

Urheberrechtsschutz durch Verlag Oskar Meißner, Weiden (Nachdruck verboten.)

(16. Fortsetzung.)

Was ist Glück? Ein großes Rätselraten, das immer falsch ausfällt. Denn das Glück ist ein namenloses Etwas, das die Seele erfüllt. Glück ist nicht eine Sache der Dinge, sondern des Menschen, seines Empfindens, seines Willens selbst.

Wir leben so viele Menschen an unserem Auge vorüberziehen, und fast nie ist in einem nächsten Auge das unbeschreibliche Etwas, das Glück. Nur einen Abganz des Glückes tragen wir Menschen in uns. Drum sollten wir Ehrfurcht haben vor den Menschen, deren Liebe aus ihrem Innern dieses Glück, unbeschreibliche Erlebens läßt: Das menschliche — göttliche Glück.

Friedrich Karl sah hundlang an der Wiege der kleinen Marie-Anne. Die ganze Ungeheuerlichkeit seiner starken Mannernatur ging auch auf das Wesen über. Er liebte es so abgöttisch, wie seine Aline, der das Glück aus den Augen lachte. „Unser Kind“, so ging der Morgen an.

„Unser Kind“, das war der Ton, der im letzten Ruffe mit-schwang.

Weihnachten war die kleine Marie-Anne vier Tage alt. Aline lag matt, aber doch zufrieden im Wochenbett und sah glücklich zu, wie ihr Gatte den Raum feillich schmückte.

Es war ein wunderbares Weihnachtsfest.

Ein stilles, inniges Feiern, mit wenigen Worten. Sie haben sich an und das Kind. Ihre Hände tasteten sich, und im Druck verlebten war ein Liebesleben ohne Worte.

Die angenehme Hilfe schüttelte oft den Kopf, wenn sie sah, wie sich Friedrich Karl mit so vielen kleinen Dingen ab-mühte, die nach ihrem Empfinden einem Manne nicht zu-famen.

Aber sie sagte kein Wort, denn sie hatte vor dem Manne einen Heilwunder, Alles, was er tat, geschah aus dem Bestreben, etwas zu helfen und wohlzutun. Es war ein Wüthen aus heiliger Liebe, das seinen Lohn heilste und nicht auf Anerkennung wartete.

Aline feierte ein stilles Weihnachtsfest voll unendlichen Glücks mit dem Gatten.

Am Neujahrstage kam Besuch. Frau Scharwenker kam mit ihrem Gatten, ein Ehrliche Wiedersehensfreude war, die die Herzen und die

die alte Scharwenker an der Wiege stand und auf das arm-felg-kleine, aber von Anfang an mit den Augen geeignete Kind niederblickte, da ging ein so mütterlicher, gütiger Zug über ihr hartes Gesicht, daß sich Aline und ihr Gatte lang an-sahen.

Nach zwei Tagen reisten sie weiter.

Das Kind wuchs heran und gedieh an der Mutterbrust, und als die Frühlingsstürme über deutsche Erde brausten, da sahen die beiden Menschen ihr Kind zum erstenmal lächeln.

Das süße Gesichtchen sah sie so holdselig an, ein kleines, liebes Lächeln erschien auf den Lippen.

Sie schauten und hielten den Atem an. Es war ihnen, als habe ein Hauch der Göttlichkeit sie berührt.

Das erste Kinderlachen.

„Es hat dein Lachen, Liebest“, sagte Aline innig.

„Deine Communionen, Liebest.“

Er küßte sein Weib zärtlich.

Kinder sind der göttliche Segen des Himmels, in ihrem Lachen ist uns Gott nahe.

Man irrt, wenn man glaubt, daß ein Kind Ehegatten, die von inniger Liebe zueinander erfüllt sind, entfremden kann. Nein, es führt sie immer enger zusammen.

So war es mit Friedrich Karl. Ihm schien, als ob die Liebe zu seinem Weibe, und nicht nur die, die er im Herzen trug, noch nie so tödlich gewesen sei.

Eines Tages im Mai kam der Bruder.

Er sah betreten in das Idyll. Aus düsterem Hause, in dem die Stille, die Freudlosigkeit alle Wärme verjagte, kam er.

„Hier stand er in der Sonne.“

Aline!

Er begriff den Bruder, und eine jähe Angst ergriff ihn.

„Ach, Bruder, am liebsten ging ich nicht von euch. Ließ Arnsperg Arnsperg sein, wenn“

„Wenn — die Mutter nicht wäre, Maximilian“, vollendete der ältere Bruder ernst.

„Ja — bei Gott — nur Mutter hält mich. Sie denkt stän-dig an euch und euer Kind. Sie kann nicht los von Arns-perg. Ich glaube, Tag und Nacht belet sie, daß euch Gott“

„Glaubst du, daß ich auch schon einmal Sehnsucht nach der Stätte meiner Kindheit empfunden habe?“

„Nein. Mit Aline an der Seite ist das nicht möglich. Und jetzt, wo ihr das süße Kindchen habt.“

Da schwieg der Ältere. Doch einen Augenblick dachte er an die alten Wälder im Park von Arnsperg. An ihr Singen und Raufen. Das Lied seiner Kindheit war es gewesen. Da trat Aline ins Zimmer. Sonne trat mit ihr ein.

Dem jungen, etwas scheuen Maximilian fiel das Scheiden sehr schwer.

Am 16. Mai reiste er ab.

„Denke an die Mutter“, bat der Ältere.

5.

Mister Moorefield war fast ein Jahr wieder in Newporl. Es behagte ihm nicht mehr so recht. Ihm, der Jahre lang in Deutschland gelebt hatte, vermochte mit einmalm das puritanische Leben auf der einen, das Heilempo auf der anderen Seite nicht mehr zu behagen. Vor allem aber mochte sein Kind ihm Sorge. Professor Kingston, ein bekannter Newporlter Frauenarzt, berichtete ihm eben über das Ergebnis seiner Untersuchung.

„Ihre Tochter ist in jeder Hinsicht kerngesund.“

„Weiß ich, lieber Professor. Es ist eben nur das eine, das meine Tochter immer noch quält. Ich will es Ihnen sagen. Professor, zur Erleichterung Ihrer Diagnose. Mein Kind hat sich in Deutschland in einen Mann verliebt, leider mehr als ernstlich, der — verheiratet ist.“

„Sollte das — für Wils Maud ein Hindernis sein?“

„Leider. Es ist ein Mann.“

„Ich glaube, wenn Sie ihm zehn Millionen auf den Tisch legen —“

„Dann wirft er Ihnen die Millionen vor die Füße und chreißt Sie. Nein, mein Professor. Männer, unerschütterliche, die nicht auf der Grenzlinie zwischen gut und böse hinwan-ten, sind zwar selten. Aber dieser ist einer! Sie dürfen mei-nem Wils trauen, Professor.“

Sie nahm einen anderen.

Maud Moorefield kehrte am 26. September nach Newporl zurück und verlobte sich am Weihnachtstage mit Allan Edde Walker, dem eleganten Sprößling eines Newporlter Baum-wollmillionärs.

Am ersten Weihnachtsfeiertag war die Verlobung, die überall in der Gesellschaft das lebhafteste Bestreben auslöste.

Man fand Wils Maud fürchterlich, nicht wiederzuerkennen, seit sie von Europa zurückgekehrt war. Der einst so scham-mante, von Temperament sprühende Blondkopf war nun, in sich gekehrt, dann wieder launig, toll und übermütig. Ein ganz verändertes Weltbild.

Heute am Weihnachtsfest sah sie mit gelangweiltem Ge-sicht neben dem aussergewöhnlichen Verlobten. Ad und so sah sie ihn an, wie erwartend, daß aus seinem etwas farblosen Ange die Flamme lodere, die sie befeuern konnte. Eine wilde Verzweiflung war über sie gekommen, der eine tiefe, seelische Depression folgte.

(Fortsetzung folgt.)

Spangenberg, den 25. 9. 1930

Große Häuser, in denen zahlreiche Mieter wohnen, haben in den Großstädten und mitunter auch in kleineren Orten ihre Pförtner. Für die Wohnungen dieser Leute galten in Preußen bisher die Schutzbestimmungen der §§ 20 ff. des Mietrechtsgesetzes.

Aus Stadt und Land.

Die täglichen Flugzeugabstürze. Im Fliegerlager Chalons stürzte ein Flugzeug des 11. in Mex liegenden Fliegerregiments ab. Beim Aufschlagen auf den Erdboden ging das Flugzeug in Flammen auf.

nach beherrschte."

Leutnant Rudin erklärt ebenfalls, diese Stimmung habe sich nicht erst in den letzten Monaten so entwickelt. Schon in den ganzen Dienstjahren, die er mitgemacht habe, sei diese Stimmung vorhanden gewesen. Wir glauben, davon überzeugt zu sein, daß verschiedene Maßnahmen, die unter dem Druck des Verfallers Vertrages durch die Reichsregierung verfügt wurden, so beispielsweise die Unterzeichnung des Young-Planes, nicht dem Willen des Volkes entsprächen. Wir waren auch der Meinung, daß die Anordnungen des Reichswehrministeriums nicht mit dem Willen des deutschen Volkes übereinstimmen. Wir, die wir jung sind, glaubten gerade verpflichtet zu sein, unsere jugendliche Auffassung nach oben hin zum Ausdruck zu bringen. Wir wollten nicht rebellieren und meutern, sondern wir wollten zeigen, daß die Jugend im Heere wirklich denkend handeln mußte.

Reichswehr und Politik.

Die Vernehmung der angeklagten Offiziere im Hochverratsprozeß.

Im weiteren Laufe der Verhandlungen vor dem Reichsgericht erklärte der Angeklagte Leutnant Rudin, daß Wendi und Scheringer, die mit ihrer Verabschiedung rechneten, sich bei der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in München nach einer Stellung umsehen wollten. Auch er bestätigte, daß eine illegale Verbindung mit der Armee nicht in Betracht komme.

Die Aufgabe der Reichswehr.

Damit keine Meinungsverschiedenheit im Offizierskorps und in der Öffentlichkeit entstehe, erklärte der vom Gericht geladene Sachverständige Major Theissen vom Reichswehrministerium, die Aufgabe der Reichswehr sei dahin begrenzt, daß sie als Organ der Reichsregierung zu wirken habe. Da sie eingesetzt werde zum Schutz der Grenzen oder zum Befreiungskampf, sei allein Sache der Reichsregierung. Der Einsatz erfolge auf Befehl des obersten Befehlshabers, des Reichspräsidenten. Von einer Mitbestimmung, die nach den Angaben der Angeklagten im Heere herrschte und besonders nach der Verabschiedung des Generalobersten v. Seckt aufgenommen sein sollte, hat der Sachverständige im Offizierskorps nichts gehört.

Die Angeklagten erklärten im Anschluß an diese Ausführungen, sie wählten sehr wohl, daß Soldaten sich nicht politisch betätigen dürften.

Darauf wurden die Weisen der Angeklagten nach Hannover und Eisenach durchgesprochen und den Angeklagten das hierzu vorliegende Belastungsmaterial vorgelesen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß Rudin selbst gestand habe, er wolle möglichst in jedem Wahlkreis einige zuverlässige Leute haben. Diese Anweisung lasse auf eine nationalsozialistische Zellenbildung in der Reichswehr schließen.

Weiter richtete der Vorsitzende die Frage an Rudin, was die Vernehmung bedeuten soll, die Entwicklung solle sich über mehrere Jahre erstrecken, denn

man habe aus dem Hirtrepuls gelernt. Rudin meinte hierzu, aus dieser Vernehmung sei doch zu erkennen, was nur auf legalen Wege vorgehen müsse.

Der Vorsitzende bezeichnete diese Schlussfolgerung als ungläubig, zumal auch erklärt worden sei, die Nationalsozialisten würden sich auf kein Internieren einlassen, wenn sie wüßten, daß die Reichswehr nicht dahinter stehe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte auch heute noch den eingeschlagenen Weg für richtig halte, gab er unumwunden zu, daß er das verneinen müsse. Auch Wendi erklärte, daß ihm und seinen Kameraden eine Umsturzabsicht ferngelegen habe. Sie hätten lediglich von unten her die wahre Volkstimmung, die gegen den Verfallers Vertrag und gegen den Young-Plan gewesen sei, zur Kenntnis des Reichswehrministeriums bringen wollen, das dann seine Konsequenzen hätte ziehen müssen.

Vorführung von Pfeffers.

Auf Grund des Gerichtsbeschlusses wurde der Zeuge Hauptmann a. D. von Pfeffer festgenommen und nach dem Hochverratsgericht gebracht. Zunächst wurden aber einige andere Zeugen vernommen. Oberleutnant Geiß, der Ende Januar 1929 Scheringer bei sich zu Besuch hatte, genannt aus Gesprächen den Eindruck, daß Scheringer einseitig und lässig orientiert sei und Ansichten vertrat, die nach seiner, des Zeugen Auffassung, der Umfang zum Unterangabe des Heeres wären. Er habe daher auch auf Scheringer einzuwirken versucht, seine Auffassung zu ändern.

Hauptmann a. D. G. W. L. aus Dresden, ein früherer Vorgesetzter der beiden Angeklagten Scheringer und Rudin, stellte diesen das beste Zeugnis aus. In einem Nachmittagskaffee bei der Mutter Scheringers im Februar 1929 habe der Zeuge zum ersten Male festgestellt, daß die beiden jüngeren Kameraden sich geistig-politisch betätigten. Die Erörterungen hätten jedoch lediglich theoretischen Charakter gehabt und sich als ein Ringen nach Klarheit dargestellt.

Der nächste Zeuge, Prälat Dr. Kreuz aus Freiburg, bezeichnete Rudin als fanatischen jugendlichen Eiferer, der sich als unreifer Mensch unklaren politischen Bekenntnissen zugewandt habe.

Oberleutnant Gäßler vom Ulmer Artillerieregiment Nr. 5 sagt aus, Scheringer habe vorgeschlagen, eine Denkschrift aufzusetzen, die das Reichswehrministerium über die Stimmung im Heere unterrichten sollte. Die Auffassungen Scheringers habe er auch in anderen Wehrkreisen unter den jüngeren Offizieren feststellen können.

Der damalige Kommandeur der Ulmer Artillerie-Abteilung, Oberleutnant Ribbentrop, gab ein persönliches Werturteil über die drei Angeklagten ab, das sich im wesentlichen mit den bereits bekannten Tatsachen deckt, ein äußerst günstiges Zeugnis also für Scheringer und Rudin und ein weniger günstiges für Wendi.

Zeugenvernehmung in Leipzig

Wird heute geladen? — Hauptmann Pfeffer wird zwangsweise vorgeführt.

Der zweite Verhandlungstag im Reichsgericht der Zeugen geladene, die sich in der Zeugenliste befinden, wurde von Generaloberst Dr. v. W. als Zeugen zu laden, weil die in der Vorunternehmung ausgesagt hatten, daß sie sich zunächst richtig an seine Vorgesetzten gehalten und erst, als diese keinen Widerspruch hatten, habe er sich an seine gleichgestellten Kameraden gewandt. Nach dem Ergebnis der ersten Unternehmung habe Scheringer jedenfalls alles im Stillen gehabt.

Bei Aufrufung der Zeugen wurde festgestellt, Hauptmann a. D. Pfeffer nicht erschienen ist. Ueber den Grund seines Nichterscheinens hat der Vorsitzende sodann bekannt, daß Pfeffer aus dienstlichen Schuldigkeiten nicht in der Lage gewesen wäre, hinzugefahren zu sein, weil er sich auf dem Wege zum Gericht befand.

Als erster Zeuge wurde der politische Leiter des „Völkischen Beobachters“ in München, am 1. November 1929 zunächst in München gesucht hatten und mit denen er zusammen kam. Parteileiter der NSDAP, zu einer Pressekonferenz, er habe den Eindruck gewonnen, daß die Offiziere sich lediglich rein persönlich über die der Partei lebendig informieren wollten. Sie sich darüber besaßen, daß ihnen der gegenwärtige Stand der Reichswehr nicht aufgehe. Er könne sich nicht mehr erinnern, daß etwa von einer allgemeinen politischen Befreiungsaktion geredet worden war. Er bestimmte aber erinnere er sich, daß irgendwelche Trümpfe seitens der Partei oder seiner Person an den Angeklagten nicht ergangen seien. Auch seien die Hitler noch andere führende Parteimitglieder von dem Ergebnis dieser Befragungen unterrichtet worden.

Der zweite Zeuge, Hauptmann a. D. Wagner, Stabschef der Sturmabteilung, erklärte auch er habe nicht den Eindruck gehabt, daß die politischen Beziehungen aufzunehmen.

Als Hauptmann a. D. Pfeffer bis gegen 11 Uhr noch nicht erschienen ist, stellte der Reichsgerichtsrat, dem stattgegeben wird. Zugleich wurde Hauptmann a. D. Pfeffer

eine Ordnungsbüro von 300 Mark verhängt.

Eisenberg

DAS HAUS
DER HÜTE

KASSEL
WILHELMSTR. 2/3

Wer verkauft
Wohn- oder Geschäftshaus, Villa,
Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od.
sonst. Betrieb, auch Bauland
Angebote an
P. MELE, Bremen.
Gösselstr. 39

Schreinerer
Gardens-Artikel
G. BESSLER
KASSEL, JÄGERSTR.

Gemischter Chor
Donnerstag ab 8.15 Uhr
Gesangsstunde
Der Vorstand.

Turnverein „Froher Mut“
Spangenberg.
Freitag, den 26. d. Mts. abends
9 Uhr
• Spielsitzung •
Der Spielführer.

Heute abend 8 Uhr werden im Gasthof zum Goldenen Löwen die
Grundstücke des Konkurses
L. Spangenthal
öffentlich meistbietend versteigert.
Der Konkursverwalter
Stolte,
Rechtsanwalt und Notar.

Freitag früh:
Schellfische, Büdlinge, Lachs
H. Mohr.

Einmachtopfe
Liter 10 Pfg.
H. Mohr.

Freitag Abend
Schmandheringe
H. Mohr.

T. V. „FROHER MUT“
SPANGENBERG
Sonntag, den 27. September abends 1/2 9 Uhr
wichtige

Monatsversammlung
Tagelordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Vollständiges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Sehr preiswerte
Haushaltungsgegenstände
offertiert
H. Mohr.

Neu eingetroffen:
Tapeten
schöne Muster, weit unter Preis, ferner
Farben und Lacke
Sal. Spangenthal Nachf. g.
Fernsprecher Nr. 18.

Spangenberg Lichtspiele
Eine ganz große Sache
ist der am
Sonntag, den 29. Sept. abends 8.15 Uhr
laufende
Henny Porten Film



Verstoßen - Neue oft zu spät
Die Bedeutung der Worte zeigt dieser Film mit seinen
Hauptdarstellern
Henny Porten — Franz Lederer
(Hanne Loreck) (Marlin)
Die Namen dieser Spieler bürgen für alles
5 Akte mit über 2500 Mitr.

Außerdem als besondere Einlage:
Mitteldeutsches
Sängerbundesfest in Kassel

Fortbildungsschule.
Die Arbeitgeber usw. werden hierdurch aufgefordert
die Fortbildungsschulpflichtigen bis zum 30. September
1930 in der Stadtschreiberei angemeldet.
Spangenberg, den 25. Sept. 1930.
Der Berufs- und Fortbildungsschulvorstand
J. B. Schent.

DRUCKSACHEN liefert preiswert **H. MÜN**